

Herr Matthias Klipp Beigeordneter

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	entschuldigt

Gäste:

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)
Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Frau Möllendorf (Planungsrecht)
Frau Jantzen (Stadterneuerung)
Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen)
Frau Dr. Seemann (Kultur und Museum)
Herr Dr. Kretschmann (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)
Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld)
Herr Jesse (POLO)
Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke)
Herr Wartenberg (Ortsvorsteher Fahrland)
Herr Barge (Beteiligungsmanagement)
Herr Müller-Zinsius (PRO Potsdam)

Niederschrift: Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Durchgang im Schäferfeld (Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0176
Fraktion DIE LINKE
SB (ff)
 - 3.2 Weiterführung des Gestaltungsrates
Vorlage: 13/SVV/0229
Fraktion Die Andere
HA
 - 3.3 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke)
Abwägung und Satzungsbeschluss

- Vorlage: 13/SVV/0242
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, OBR Groß Glienicke
- 3.4 Satzung Entwicklungsbereich "Krampritz"
Vorlage: 13/SVV/0253
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, KOUL, HA
- 3.5 Städtebauliches Gutachterverfahren an der Heinrich-Mann-Allee
Vorlage: 13/SVV/0246
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 3.6 Gastronomie in der Schiffbauergasse
Vorlage: 13/SVV/0248
Fraktionen FDP, SPD
HA
- 3.7 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
Vorlage: 13/SVV/0249
Fraktion FDP
HA
- 3.8 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität
Potsdam am Standort Neues Palais
Vorlage: 13/SVV/0281
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.9 Gestaltungskonzept Breite Straße
Vorlage: 13/SVV/0284
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Mitteilungsvorlage
- 3.10 Fassadengestaltung der Studentenwohnanlage Breite Straße 15-21
bezgl. DS 13/SVV/0127
Vorlage: 13/SVV/0292
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Mitteilungsvorlage
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 STEK Verkehr
Vorstellung des im SBA am 15.11.2012 abgestimmten Kontrollscenario, Vorschlag Szenario
Nachhaltige Mobilität neu
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Info. zur Genehmigungsfähigkeit Kunsthalle im Palais Barberini
- 4.3 Info. bzgl. Busverbindung vom Lerchensteig und Fahrradtrassen (entspr. Bitte von Herrn Heuer)
Bereich Beteiligungsverwaltung
Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung
- 4.4 BE Uferwege im B-Plan Nr. 83 "Campus am Jungfernsee" (entspr. Bitte von Herrn Heuer)
FB Stadtentwicklung und Stadterneuerung
- 4.5 BE Alleenschutz in der Drewitzer Straße
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.6 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 01.05.2013 bis 15.05.2013
Bereich Bauordnung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmütz.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 14.05.2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegend folgende Bitten/Informationen vor.

Von Seiten der Verwaltung der Verwaltung

- TOP 4.1 BE STEK Verkehr – nochmals zurückzustellen und erst am 11.6.13 (dann in 1. Lesung) zu behandeln
- Änderungen zur Reihenfolge

Vorziehen folgender TOP'e

- 3.3 B-Plan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT GG)
 - 3.4 Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"
 - 3.8 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Uni Potsdam am Neuen Palais
 - TOP 4.2 Information zur Genehmigungsfähigkeit Kunsthalle im Palais Barberini
- daran anschließend TOP 3.1 und weitere

Von Seiten der Fraktion Die Andere
Antragsteller, Fraktion Die Andere, bittet um Zurückstellung des Antrages TOP 3.2 13/SVV/0229 Weiterführung des Gestaltungsrates Behandlung erst 11.6.13

Übermittelt durch Fraktion B90/Grüne:
Berichterstattung der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses zum Langen Stall-Workshop unter TOP Sonstiges

Herr Teuteberg bittet den TOP 3.7 13/SVV/0249 Lustgarten – Annäherung an das historische Vorbild bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen.

Herr Jäkel bittet den Antrag TOP 3.1 am Beginn zu behandeln und nicht Anträge der Fraktionen den Vorlagen der Verwaltung gegenüber zurück zu stellen.

Der Bitte von Herrn Jäkel wird nachgekommen. Die entsprechend veränderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Durchgang im Schäferfeld (Wiedervorlage)

Vorlage: 13/SVV/0176

Fraktion DIE LINKE

SB (ff)

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und informiert, dass dieser im Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen worden ist.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Umsetzung des Beschlusses DS 12/SVV/0151 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auf dem städtischen Grundstück zwischen Nutheschneelstraße und der Garagengemeinschaft im Schäferfeld der Durchgang zwischen beiden Straßen hergestellt wird.

Dazu hat eine Verständigung mit dem Garagenverein zu erfolgen.

Ziel ist, den Durchgang bis zum Ende des Jahres 2013 herzustellen.

Über den Stand der Umsetzung wird die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 04.09.2013 informiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **9**

Ablehnung: **1**

Stimmenthaltung: **1**

zu 3.2 Weiterführung des Gestaltungsrates

Vorlage: 13/SVV/0229

Fraktion Die Andere

HA

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 13/SVV/0242

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, OBR Groß Glienicke

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und bittet die ausgereichten Ergänzungen zur Beschlussvorlage mit in die Überlegungen einzubeziehen. Im KOUL-Ausschuss ist der Vorlage mit 10/0/1 zugestimmt worden, im OBR Groß Glienicke mit 7/1/0. Die Rückfrage von Herrn Jäkel bzgl. der Verkehrserschließung wird beantwortet.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bestätigt die Aussagen von Frau Holtkamp. Er berichtet, dass die Vorlage im Ort eine sehr breite Zustimmung findet und bittet die Ausschussmitglieder der Vorlage zuzustimmen.

Herr Menzel verweist auf die sehr umfangreiche Abwägungsdarstellung. Seines Erachtens handelt es sich hier um kein Nahversorgungszentrum, sondern um einen zu großflächigen Einzelhandel. Für eine wohngebietsbezogene Versorgung sei eine kleinere Versorgungseinrichtung ausreichend. Hier verweist er auf die Bedenken der IHK etc. Außerdem stellt sich ihm die Frage, ob dies aus städtischer Sicht gewollt ist. Herr Menzel kündigt an, gegen die Vorlage zu stimmen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) entschieden (s. Anlagen 1 bis 5).
2. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan (s. Anlage 8) wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlagen 6 und 7).
4. Für die Investitionsmaßnahme 47003003 „Erschließung B-Plan Nr. 21 „Potsdamer Chaussee“ im OT Groß Glienicke“ wird die außerplanmäßige Auszahlung i.H.v. 400.000 EUR im Haushaltsjahr 2013 genehmigt. Die Deckung erfolgt aus dem Haushaltsrest der Investitionsmaßnahme 0742003990001 „Ausgaben Umlegungsverfahren“ (s. Anlage 9).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **9**

Ablehnung: 1
Stimmhaltung: 1

zu 3.4 **Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"**

Vorlage: 13/SVV/0253

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, KOUL, HA

Herr Klipp erläutert die Zielstellung - eine geplante ganzheitliche Entwicklung des Gebietes.

Der zwischenzeitlich vorliegende Bescheid der Gemeinsamen Landesplanung zur Zielabweichung hat zur Folge, dass in der Begründung Teile, die sich auf das Zielabweichungsverfahren beziehen, aktuell geändert worden sind. Diese Änderungen sind den Teilnehmern als Tischvorlage ausgereicht worden.

Herr Kahle (Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt die Satzung detailliert im Zusammenhang vor.

Der Antrag auf Abweichung vom Landesentwicklungsplan ist mit folgenden 3 Auflagen beschieden worden:

- Schutz des nördl. Grenzbereiches angrenzend an die Döberitzer Heide
- Keine Bebauung des Uferbereiches am KramnitzseeSchöne Aussicht
- Freihaltung der Bebauung des Aasberg-Südhangs (betr. 5 ha von insgesamt 9900 ha)

Hinsichtlich der Folgen wird die Landeshauptstadt Potsdam das Gespräch mit der Gemeinsamen Landesplanung suchen, mit dem Bemühen zu einer Einigung zu kommen.

Herr Jesse (POLO) geht auf Nachfrage von Herrn Kirsch auf die Höhe der Zinsen für die geplante Kreditaufnahme ein.

Auf Fragen und Hinweise verschiedener Ausschussmitglieder informiert die Verwaltung, dass die illegale Mülldeponie auf dem Aasberg in der vorgeschlagenen Abgrenzung der Entwicklungsmaßnahme enthalten ist. Hinsichtlich der Verkehrsplanung wird ein Zeitplan aufgestellt werden. Die Berichterstattung darüber wäre nach der Sommerpause möglich.

Herr Klipp ergänzt, dass mit dem Oberbürgermeister besprochen worden ist nach dem Beschluss zur Entwicklungssatzung die Genehmigung der Kommunalaufsicht für die Entwicklungsmaßnahme, Trägervertrag und die Kosten- und Finanzierungsübersicht einzuholen. Dies müsse abgewartet werden, bevor die ersten Bebauungsplanverfahren begonnen werden können. D.h. der Beginn wäre ab Ende diesen Jahres, so dass ca. Mitte des nächsten Jahres ein Ergebnis vorliegen könnte. Mit den Nutzern auf dem Aasberg und den Anwälten sind viele Gespräche bzw. Schriftverkehr geführt worden. Darunter sei eine schriftliche Zusage an Herrn Ruden, dass von der Entwicklungsmaßnahme keine Gefährdung seines Hofes ausgehen wird.

Auch hier bemühe man sich weiter, Einvernehmen mit den Anliegern zu erreichen.

Hinsichtlich des Vorschlages von Herrn Kühn einen Wettbewerb durchzuführen,

äußert Herr Klipp, dass er die Durchführung eines Ideenwettbewerbes positiv sieht. Jedoch müsse es dann auch die Sicherheit geben, dass das Ergebnis von allen akzeptiert wird. Bzgl. des Bereiches der Angerdörfer könne sich Herr Klipp eher einen Realisierungswettbewerb vorstellen, für die denkmalgeschützte Kasernenanlage und die denkmalgeschützte Handwerkersiedlung macht ein Wettbewerb ohnehin wenig sind..

Herr Menzel bittet den Bescheid der Gemeinsamen Landesplanung dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Kahle bestätigt, dass im Falle der Bebauung des Aasberges ein Antrag auf Teilausgliederung aus dem Landschaftsschutzgebiet erforderlich wäre. Im Moment handelt es sich überwiegend um Brachflächen. Darüber werden Gespräche mit der Gemeinsamen Landesplanung und dem Umweltministerium gesucht. Herr Klipp ergänzt, dass für die Klärung dieser Frage mindestens 5 Jahre Zeit vorhanden sind.

Herr Pfrogner erinnert zum Thema Wettbewerb nochmals an den Beschluss der STVV zum Umgang mit Wettbewerben. Damit wäre die formelle Durchführung bereits geklärt. Im Vorfeld bittet er um mehr Transparenz bei der Wettbewerbsaufgabenstellung.

Herr Kühn merkt an, dass der Wettbewerb über alles (für das gesamte Gebiet) gehen und dann als Leitidee genutzt werden sollte.

Der Ausschussvorsitzende spricht sich für die Entwicklung dieses Bereiches im Sinne der Stadt aus. Hinsichtlich der Geschäftsordnung erinnert er an den sich auch im Geschäftsgang befindlichen Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Grüne vom 14.05.2013.

Herr Klipp bittet in Bezug auf den Ergänzungsantrag B 90/Grüne der Verwaltung keine Vorschriften zum Verwaltungsverfahren zu machen, z.B. wer sich mit wem abstimmen solle. Die 3monatige Berichterstattung könne erfolgen.

Herr Kirsch schlägt vor, den Ergänzungsantrag abzulehnen.

Herr Menzel ändert den Ergänzungsantrag dahingehend, dass die 3monatige BE nicht gegenüber der STVV, sondern dem SB-Ausschuss erfolgen solle.

Herr Jäkel bittet die Antragspunkte des Ergänzungsantrages getrennt zur Abstimmung zu bringen.

**Der Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen wird zur Abstimmung gestellt:
Abstimmung zu Punkt 1 9/0/2**

Abstimmung zu Punkt 2 4/3/4

Herr Wartenberg (Ortsvorsteher Fahrland) wird von Herrn Menzel gebeten, die Positionierung des OBR Fahrland darzulegen.

Herr Wartenberg bestätigt, dass der OBR Fahrland in der letzten Woche votiert habe, dem Ergebnis könne man nichts hinzufügen.

Die entsprechend ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in geänderter Form zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereichs „Krampnitz“ (Anlage 1) wird gemäß § 165 Abs. 6 BauGB beschlossen. Die Begründung (Anlage 2) wird gebilligt.

- 1. Der OBM wird beauftragt, in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte für das Kasernengelände Krampnitz (insbesondere der Bauleitplanung) eine detaillierte Verkehrsauswirkungsanalyse durchzuführen. In Abstimmung mit dem MIL, dem Bezirksamt Spandau sowie weiterer betroffener Stellen ist ein belastbares Konzept für eine individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung des Standortes Krampnitz in den Raum Potsdam-Berlin-Spandau zu erstellen. Dabei ist die Möglichkeit einer schienengebundenen Anbindung des Wohnortes zu prüfen und deren Machbarkeit auch in Hinblick auf die Kosten und die Finanzierung zu untersuchen.**
- 2. Der OBM führt in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte (insbesondere Bauleitplanung) eine detaillierte Prognoseuntersuchung über die Luftschadstoffe und Lärmauswirkungen durch, die durch die zusätzliche Nutzung in Krampnitz verursacht werden. Der OBM weist darin nach, dass die Luftschadstoffgrenzwerte der 39. BImSCHV eingehalten werden und die gesundheitsrelevanten Lärmbelastungen entlang der B2 (innerhalb Potsdams) durch geeignete Lärmschutzmaßnahmen vermieden werden. Dieser Nachweis ist der Abteilung 5 des MUGV zur Prüfung vorzulegen.**

Erst nach Erfüllung der o. g. Arbeitsaufträge und Zustimmung durch die SVV kann der OBM mit der weiteren Bauleitplanung fortfahren. Die vorgenannten Untersuchungsarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ist über die Arbeitsergebnisse alle 3 Monate zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	2

Stimmhaltung: 0

zu 3.8 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais
Vorlage: 13/SVV/0281

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Möllendorf (Planungsrecht) bringt die Vorlage ein. Sie informiert einleitend, dass die Universität Potsdam am Standort neues Palais wesentliche Teile der zum Welterbe gehörenden historischen Bauten nutzt. Diese denkmalverträgliche Nutzung trägt wesentlich zur Erhaltung und Pflege dieser Bauten bei, so dass nicht nur aus der Sicht der Universität selbst, sondern auch aus der Sicht des Welterbes ein Interesse an einem dauerhaften Verbleib der Universität an diesem Standort besteht.

Andererseits sind zu DDR-Zeiten bauliche Ergänzungen westlich der Straße Am Neuen Palais entstanden, die das Welterbe stark beeinträchtigen. Eine Bereinigung dieser Fehlentwicklungen ist aber realistisch nur möglich, sofern die Universität entsprechende Ersatz- und Erweiterungspotentiale erhält. Dies erfolgt mit einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, der Universität Potsdam, dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam auf der Grundlage eines abgestimmten Rahmenplans mit einem Phasenmodell.

Frau Möllendorf erläutert zum Verfahren, dass die Entwicklung in mehreren zeitlich nicht genau bestimmbar Phasen vollzogen werden soll. Kern der Verwaltungsvereinbarung wird dabei die gegenseitige zeitliche Abhängigkeit der einzelnen Realisierungsschritte sein, die sicherstellt, dass jederzeit während des Prozesses das Gleichgewicht zwischen Abriss- / Bereinigungs- und Neubaumaßnahmen sowie begleitenden Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege gewährleistet ist, so dass die öffentlichen Belange in jeder Phase hinsichtlich Eingriff und Ausgleich in Übereinstimmung gebracht werden und ebenso schrittweise eine kontinuierliche Verbesserung für die Authentizität der UNESCO-Welterbestätte erreicht wird.

Eine spätere Phase kann jeweils erst dann baulich in Angriff genommen werden, wenn die vorige Phase in vollem Umfang, insbesondere hinsichtlich der enthaltenen Abbruchmaßnahmen und der begleitenden Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, realisiert ist.

Daher wird die Stadtverordnetenversammlung gebeten, die Planungsziele zu billigen und der Steuerung der weiteren Entwicklung des Areals über den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit Rahmenplan und Phasenmodell auf der Grundlage des § 35 BauGB zuzustimmen, sowie den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung dieser Verwaltungsvereinbarung zu ermächtigen.

Frau Möllendorf ergänzt, dass auch Herr Dr. Kretschmann (Referatsleiter Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) für Rückfragen anwesend ist.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder wird insbesondere der Wegfall des Sportplatzes kritisiert und auf die fehlenden Sportflächen in der Landeshauptstadt Potsdam hingewiesen. Ebenso gefragt wird nach der Zulässigkeit der Genehmigung nach § 35 BauGB.

Herr Jäkel hätte sich gewünscht, dass auch Vertreter der Universität Potsdam

und des Asta zur Ausschusssitzung geladen worden wären. Er spricht sich gegen die Vorlage aus.

Auf die vielen Rückfragen und Hinweise der Ausschussmitglieder stellt Frau Möllendorf dar, dass der Sportplatz nicht ersatzlos weggenommen werden soll. Wo ein Ersatzstandort entsteht, müsse noch geklärt werden. Sie macht weiterhin aufmerksam, dass das Studentenwohnheim von der Planung nicht betroffen sei. Die Kosten trage das Land, so dass keine Belastung für die Landeshauptstadt Potsdam entsteht. Die Verwaltungsvereinbarung sei fast endverhandelt und die Planungsziele können der Begründung zur Vorlage entnommen werden.

Herr Klipp bringt zum Ausdruck, dass es hier um die Frage gehe, ob die Universität Potsdam an diesem Standort ihren Bedarf auch in Zukunft decken kann. Der Rahmen des Gesamtkonzeptes ist mit den Denkmalbehörden abgestimmt worden. Im Ergebnis bedeute das, dass es entweder eine Entwicklung in dem hier vorgestellten Rahmen gebe, oder gar keine, so dass ein Verbleib der Universität am Standort Neues Palais fraglich werden würde. Die Prüfung durch die Verwaltung ist erfolgt und es wird vorgeschlagen, die Bebauung nach § 35 BauGB vorzunehmen. Für den weiteren Genehmigungsprozess wird das Votum der Stadtverordnetenversammlung benötigt, um den Oberbürgermeister zu autorisieren, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen. Die bisherige Abstimmung mit den anderen Partnern war es, noch vor der Sommerpause ein klares Votum zu erhalten.

Herr Dr. Kretschmann (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) teilt mit, dass er dieses Vorhaben von Seiten des Ministeriums begleite. Die Ziele bestehen darin, die Universität Potsdam zu unterstützen und vor allem auch an diesem Standort Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Gesamtflächenbedarf wird am Standort Neues Palais derzeit weit unterschritten. Er bestätigt, dass bei einer Bebauung an diesem Standort Welterbe und Denkmalschutz zu beachten sind und in Einklang gebracht werden müssen.

Herr Dr. Kretschmann betont nochmals, dass der Abriss der Studentenwohnanlage nicht geplant sei und auch kein Bestandteil des Plangebietes ist. Die Sportflächen sollen verlagert werden. Der Verbleib erfolgt solange, bis an anderer Stelle in der Stadt ein Ersatzstandort gefunden wird. Der Zeitraum der hier vorgestellten Planung beläuft sich auf mindestens 10-15 Jahre, möglicherweise auch länger.

Die Maßnahmen, die die Universität betreffen, finanziert das Land. Die Pflanzung von Baumgruppen ist welterbeverträglich vorgesehen und die Freistellung der Lindenallee ist vorgesehen.

Im vergangenen Jahr habe man pflichtgemäß das Welterbekomitee informiert. Dieses hat die Information zur Kenntnis genommen und auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

Wenn die Stadt dem Vorhaben die Zustimmung erteilt, könnte in diesem Jahr ein Ideen-/Gestaltungswettbewerb für das Gesamtvorhaben sowie ein Realisierungswettbewerb für den 1. Bauabschnitt durchgeführt werden. Für den 1. Bauabschnitt sind 15,8 Mio. € veranschlagt

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung.

Dafür und dagegen spricht niemand. Der GO-Antrag auf Vertagung wird zur Abstimmung gestellt: 8/3/0

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung die hier geäußerten Bedenken und Fragen aufzubereiten und rechtzeitig den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

zu 4.2 Info. zur Genehmigungsfähigkeit Kunsthalle im Palais Barberini

Herr Klipp informiert, dass die Vorlage "Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung der nordöstlichen Teilbereiche des Bebauungsplanes SAN P 13 "Havelufer/Alte Fahrt" in der STVV am 5. 6. 2013 eingebracht wird und ein Sofortbeschluss erbeten wird.

Der Bauantrag liegt seit dem 15. 05. 2013 mit der Nutzung für die Kunsthalle vor. Um diesen Antrag genehmigungsfähig zu machen und die Baugenehmigung erteilen zu können, sind Änderungen im Bebauungsplanverfahren SAN P13 erforderlich. Eine Vorstellung gegenüber den Fraktionen ist bereits erfolgt..

Frau Jantzen (Stadterneuerung) informiert, dass für die Errichtung einer Kunsthalle auf dem Grundstück des Palast Barberini die Änderung des Bebauungsplans in den folgenden 3 Punkten erforderlich ist:

Die bisher geplante Tiefgarage auf einem Teil des Grundstücks Humboldtstraße 4 und 5 wird als Technik-Untergeschoss auf der gesamten Grundstücksfläche benötigt. Das führt zu einer Überschreitung der GRZ auf 1,0, was im Rahmen einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht möglich wäre. Hier ist die Änderung des Bebauungsplans erforderlich. Für die zügige Umsetzung des Vorhabens ist zu prüfen, ob nach Einleitung der Planänderung diesbezüglich eine Befreiung erteilt werden kann.

Für die Nutzung als Kunsthalle werden 50-80 Stellplätze benötigt, die in einer TG auf den Grundstücken Brauerstraße 4,5,6 untergebracht werden sollen. Für diese Grundstücke müsste eine Überarbeitung des Bebauungsplans erfolgen, so dass die Errichtung einer gemeinsamen TG auf den drei Grundstücken auf der gesamten Grundstücksfläche zulässig wird. Weiterhin ist das oberirdische Baukonzept zu überprüfen.

Für die Nutzung des Palast Barberini als Kunsthalle wird die geplante öffentliche Durchwegung des Grundstücks vom Alten Markt zur Uferpromenade wegfallen müssen. Dies hat u.a. klimatechnische und versicherungstechnische Gründe.

Herr Pfrogner bedauert, dass im Voraus keine Einbindung – damit keine gemeinsame Entscheidung - erfolgt ist. Er hält den Schnellschuss für die schlechtere Variante. Er plädiert zunächst für einen umfassenden Diskurs in der Stadtgesellschaft.

Herr Lehmann nimmt Bezug auf das früher durchgeführte Bieterverfahren.

Herr Klipp informiert, dass die Vergabe der Grundstücke Brauerstr. 4 bis 6 explizit außerhalb des Vergabeverfahrens "Potsdamer Mitte" erfolgen soll. Dies habe mit

dem Bieterverfahren "Potsdamer Mitte" nichts zu tun.

Herr Heuer hinterfragt die Möglichkeit einer dauerhaften Festschreibung des Nutzungskonzepts "Kunsthalle", da der Wegfall der Durchwegung ja wertsteigernd für das Grundstück sei.

Herr Szilleweit spricht dafür, den Zeitdruck herauszunehmen.

Herr Menzel kündigt für die STVV einen Änderungsantrag hinsichtlich der Frage der Durchwegung an. Außerdem spricht er sich für einen Architekturwettbewerb aus.

Herr Klipp teilt mit, dass die Kunsthalle auch heute schon zulässig wäre, da Art der Nutzung Mischgebiet festgeschrieben worden ist. Bei der vorliegenden Vorlage geht es vor allem um das Maß der Nutzung. Bzgl. der Anregung die Durchwegung durch die Brauer Str. 5 zuzulassen, informiert Herr Klipp, dass das Ufer um das Grundstück Brauerstr. 6 herum erreichbar sein wird. Die ausstehende Planung für die Brauerstr. 4-6 wird sich an den gestalterischen Vorgaben des Leitbautenkonzeptes orientieren. Die erforderlichen bodenarchäologischen Untersuchungen müssen durchgeführt werden. Die Befundlage ist entsprechend zu dokumentieren. Entsprechende Regelungen finden sich im Kaufvertrag wieder.

Die Vorstellung des Vorhabens könne in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Herr Teuteberg hinterfragt das unklare Nutzungskonzept der Kunsthalle. Seines Erachtens fehle die Definition, was soll ausgestellt werden, welche Nutzungs/Betrachtungszeiten wird es geben? Gibt es diese auch abends? Herr Teuteberg bittet protokollarisch festzuhalten, dass er vor der Erteilung der Baugenehmigung die Beteiligung/Vorstellung im SB-Ausschuss wünscht. Er vermisst im Übrigen einen Abwägungsvorschlag der Verwaltung zum Wegfall der Durchwegung.

Herr Klipp vermittelt, dass die Aufgabe der Abwägung bei der Stadtverordnetenversammlung liege. Hier gibt es das Angebot eines privaten Bauherren eine Kunsthalle zu errichte und den Unterhalt sowie die Betriebskosten zu übernehmen. Dagegen steht der Bebauungsplan, welcher eine öffentliche Durchwegung vorsieht.

Bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Durchwegung ist die Kunsthalle nicht genehmigungsfähig. Herr Klipp macht in diesem Zusammenhang aufmerksam, dass auch das Konzept für das Hotel keine öffentliche Durchwegung mehr vorgesehen hatte.

Auf den Hinweis von Herrn Teuteberg eingehend stellt Herr Klipp klar, dass Stadtverordnete auch im Baugenehmigungsverfahren für die Kunsthalle keine Beteiligten nach Brandenburgischer Bauordnung sind.

Herrn Kirsch kann die Diskussion zwischen wenn und aber nicht verstehen. Das Vorhaben sollte von der Stadt als Chance gesehen und ergriffen werden.

Herr Klipp bestätigt auf Nachfrage von Herrn Kühn, dass unter der Brauerstr. 1/2/und 3 keine Tiefgarage vorgesehen ist.

Der Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass der Austausch zu Informationen der Verwaltung erfolgt ist und sich morgen der Hauptausschuss mit dieser Thematik befassen wird.

Herr Lehmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass jetzt ein Votum abgegeben werden sollte. Alle Konfliktpunkte sind innerhalb der Diskussion aufgezeigt worden, so dass jeder für sich eine Entscheidung treffen könne. Später zieht Herr Lehmann diesen Antrag wieder zurück.

Herr Jäkel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Rednerliste abgearbeitet sei. Er empfiehlt die Beratung mit den Fraktionen, im Hauptausschuss und am Montag nochmals in der Fraktion

Herr Klipp macht aufmerksam, dass die Vorlage in der STVV am 5.6.2013 zur Beschlussfassung eingebracht wird.

zu 3.5 Städtebauliches Gutachterverfahren an der Heinrich-Mann-Allee
Vorlage: 13/SVV/0246

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Eine Einbringung des Antrages erfolgt nicht.

Frau Holtkamp (verbindliche Bauleitplanung) berichtet, dass die Verwaltung dem inhaltlichen Anliegen aufgeschlossen gegenüber steht. Sie macht aufmerksam, dass die Erschließungsplanung für das Humboldtgynasium bereits abgeschlossen ist. Die angesprochenen Flächen befinden sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes H.-Mann-Allee/Kolonie Daheim. Aufgrund der noch erforderlichen Klärung der Tennisplätze schlägt die Verwaltung vor, den Termin der Berichterstattung auf den Dezember 2013 zu verlegen. Bis dahin könne ein relativ konkret formulierter Vorschlag für die Durchführung eines Gutachterverfahrens erfolgen.

Die Antragsteller B90/Die Grünen und SPD stimmen der Terminänderung zu.

Herr Pfrogner bittet um Beachtung der rechtlichen Grundlage RPW 2008.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordneten-

versammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Gesamtareal Straßenbahndepot, Sportgelände des Tennisclubs Rot-Weiß bis zum Humboldt-Gymnasium an der Heinrich-Mann-Allee ein städtebauliches Gutachterverfahren auszuschreiben. Die Anordnung neuer Baufelder soll eine städtebaulich qualitätsvolle Struktur erhalten, auf deren Grundlage dann erst die Einzelbauwerke geplant werden sollen.

Die Verwaltung soll ein Verfahren vorschlagen, in dem zeitnah eine Lösung erarbeitet werden kann. Darüber ist dem SB-Ausschuss im ~~Juni~~ **Dezember** 2013 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 3.6 Gastronomie in der Schiffbauergasse

Vorlage: 13/SVV/0248

Fraktionen FDP, SPD

HA

Herr Teuteberg bringt den Prüfauftrag ein.

Frau Dr. Seemann (Kultur und Museum) informiert, dass die Verwaltung dem Antragsanliegen sehr aufgeschlossen gegenüber steht. Die Bereiche Kultur, Wirtschaftsförderung und Bauen sind hier betroffen. Frau Dr. Seemann benennt die 8 bereits in der Schiffbauergasse vorhandenen gastronomischen Einrichtungen, wie u.a. Restaurantschiff, Zichorienmühle etc. Gemeinsam mit den v.g. Bereichen wird die erbetene Prüfung erfolgen und das Ergebnis vorgelegt werden.

Herr Jäkel äußert sich verwundert über das Antragsanliegen. Er erinnert daran, dass bereits die Verlagerung des Theaterschiffs an die Schiffbauergasse das Restaurantschiff Barnett gefährden soll. Er wird sich der Stimme enthalten.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich im Sanierungsgebiet der Schiffbauergasse gezielt weitere Gastronomieangebote ansiedeln lassen können. Ziel sollte es sein, ein Areal mit zahlreichen gastronomischen Angeboten

zu entwickeln, dass das jetzige kulturelle und gastronomische Angebot sinnvoll ergänzt und zur Belebung des Areals beiträgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 5

zu 3.7 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild

Vorlage: 13/SVV/0249

Fraktion FDP
HA

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 3.9 Gestaltungskonzept Breite Straße

Vorlage: 13/SVV/0284

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Mitteilungsvorlage

Frau Holtkamp (Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass mit den verfügbaren finanziellen Mitteln die Umsetzung der mit dem Beschluss beabsichtigten städtebaulichen Rahmenplanung nicht möglich ist.

Unter Verweis auf die Stellungnahme der Initiative Breite Straße (sh. Tischvorlage) führt Frau Holtkamp weiter aus, dass die inhaltliche Initiative unterstützenswert sei, wenn die finanziellen Mittel verfügbar wären. Wenn finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt werden würden, dann könne der Intention nachgekommen werden.

Herr Jäkel wirbt dafür, mit einfachen Mitteln zu Verschönerungen beizutragen. Er bittet für Anregungen offen zu sein, wenn entsprechende Anträge eingereicht werden.

Herr Pfrogner erinnert an die vorgestellte Planung des Umbaus zwischen Schloßstraße und Dortustraße. Er fragt nach der Fortführung und spricht sich für eine weitere Teiluntersuchung aus.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Stadtverordneten mit Blick auf die Initiative Breite Straße bestimmte Teile aufzunehmen und mit Vorschlägen/Anträgen, die den Haushalt betreffen, zu untersetzen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.10 Fassadengestaltung der Studentenwohnanlage Breite Straße 15-21

bezgl. DS 13/SVV/0127

Vorlage: 13/SVV/0292

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Mitteilungsvorlage

Eine Einbringung ist nicht erforderlich.

Herr Jäkel erinnert, dass der OBM den Auftrag erhalten habe, den Kontakt mit dem Studentenwerk aufzunehmen und bittet um Information, wer das persönliche Gespräch im Auftrag des OBM geführt hat.

Herr Kahle (Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass die Kontaktaufnahme in schriftlicher Form erfolgt sei, d.h. es sind keine Gespräche geführt worden. Er wird dieses Schreiben dem Protokoll beifügen.

Herr Jäkel spricht das Mosaik am Rechenzentrum an und empfiehlt zum ggb. Zeitpunkt die Einordnung zwischen der Breiten Straße und dem Studentenwohnheim.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 STEK Verkehr Vorstellung des im SBA am 15.11.2012 abgestimmten Kontrollscenario, Vorschlag Szenario Nachhaltige Mobilität neu FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 4.3 Info. bzgl. Busverbindung vom Lerchensteig und Fahrradtrassen (entspr. Bitte von Herrn Heuer) Bereich Beteiligungsverwaltung Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung

Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) informiert zum Sachverhalt (sh. Protokollanlage).

zu 4.4 BE Uferwege im B-Plan Nr. 83 "Campus am Jungfernsee" (entspr. Bitte von Herrn Heuer) FB Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) informiert über die erfolgten Abstimmungen und stellt die Planung mittels Präsentation vor. Auf Nachfragen der Teilnehmer geht sie ein (Planung sh. Anlage).

zu 4.5 BE Alleenschutz in der Drewitzer Straße FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) informiert über die morgen beginnenden Baumschutzmaßnahmen. Die Anlieger sind in der vergangenen Woche darüber informiert worden und die verkehrsrechtlichen Anordnungen liegen vor.

zu 4.6 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom

01.05.2013 bis 15.05.2013

Bereich Bauordnung

Zu der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.05.2013 erfolgt keine Nachfrage.

Herr Klipp teilt mit, dass das Vorhaben Palais Barberini in dieser aktuellen Liste noch nicht enthalten ist. Er unterbreitet das Angebot, beim Bauherren und Architekten dafür zu werben, dass das v.g. Vorhaben am 11.06.2013 vorgestellt wird.

zu 5 Sonstiges

Herr Klipp informiert, dass der Workshop "Langer Stall" am 12.6.2013 durchgeführt wird. Die Einladungen an die Fraktionen werden in Kürze rausgehen. Aufgrund der erbetenen Beteiligung des Gestaltungsrates habe man den Anschluss an den nächsten regulären Termin mit dem Gestaltungsrat gewählt, da die Mitglieder an diesem Tage bereits im Hause sind.

Nicht öffentlicher Teil im RIS nur sichtbar für Befugte.



Niederschrift

84. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.06.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Thomas Bachmann	SPD	
Herr Pete Heuer	SPD	bis 21:00 Uhr
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:30 Uhr
Herr Björn Teuteberg	FDP	
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	ab 18:05 Uhr
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Frank Kulok	BürgerBündnis	
Herr Christopher Kühn	FDP	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:05 Uhr
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter
---------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Anita Tack	DIE LINKE	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Claudia Mucha	SPD	entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Frau Schröder (Projektleiterin für A. Lelbach)
Herr Albrecht (Architekt, Büro Hilmer & Sattler und Albrecht)
Herr Fiebelkorn (Einwohner, Anlieger F.-Ebert-Str.)
Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung)
Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung)
Frau Moll (Wirtschaftsförderung)
Herr Tietjen (Bauordnung)
Frau Woiwode (Verkehrsanlagen)
Herr Pfefferkorn (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Herr Volkmann (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Herr Claussen (Stadterneuerung)
Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Frau Trauth-Koschnick (Gleichstellungsbeauftragte)

Niederschrift:
Frau Straßberger

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Vorstellung Bauvorhaben Palais Barberini

- 3.2 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0602
Fraktion DIE LINKE
auch OBR Eiche
- 3.3 Weiterführung des Gestaltungsrates
Vorlage: 13/SVV/0229
Fraktion Die Andere
HA
- 3.4 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais (Wiedervorlage)
Vorlage: 13/SVV/0281
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.5 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
Vorlage: 13/SVV/0249
Fraktion FDP
HA
- 3.6 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost) Wiedervorlage
Vorlage: 13/SVV/0102
Fraktion CDU/ANW
- 3.7 Bebauungsplan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West/ nördlich Esplanade"
Beschluss zur erneuten Auslegung
Vorlage: 13/SVV/0318
Oberbürgermeister; FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Kirchsteigfeld - Information zum weiteren Verfahren Bebauungsplan und zur weiteren gewerblichen Entwicklung
Bereich Wirtschaftsförderung
- 4.2 STEK Verkehr (1. Lesung)
Vorstellung des im SBA am 15.11.2012 abgestimmten Kontrollscenario, Vorschlag Szenario
Nachhaltige Mobilität neu
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4.3 Bericht - Ergebnisse einer Untersuchung des Büros spreepan zur Optimierung des Busangebots (entspr. Bitte von Herrn Heuer)
- 4.4 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.05.2013 bis 29.05.2013 sowie Beantwortung von Nachfragen aus vergangenen Sitzungen
Bereich Bauordnung
- 4.5 Lokaler Teilhabeplan
Gleichstellungsbeauftragte
- 4.6 Berichterstattung zur ökologischen Baubegleitung der Friedrich-Ebert-Straße
FB Grün- und Verkehrsanlagen
- 5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2013

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Jäkel übernimmt den Vorsitz. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, ist entschuldigt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 28.05.2012 liegt noch nicht vor.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es folgende Änderungsvorschläge:
TOP 3.5 wird gemäß Bitte des Antragstellers (FDP, Herr Teuteberg) zurückgestellt.

Herr Klipp bittet wegen des sachlichen Zusammenhanges den TOP 4.1 vor TOP 3.6 aufzurufen.

Weiter bittet er darum, den TOP 3.4 zurückzustellen (Befassung nach der Sommerpause), da sich die Planung noch im Abstimmungsprozess befindet.

Unter „Mitteilung der Verwaltung“ soll als TOP 4.6 eine Berichterstattung zur ökologischen Baubegleitung der Baumaßnahme in der Friedrich-Ebert-Straße erfolgen.

Unter „Sonstiges“ bittet Frau Hüneke den Workshop zum Ehemaligen Langen Stall anzusprechen.

Der SB-Ausschuss stimmt der entsprechend veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Vorstellung Bauvorhaben Palais Barberini

Herr Jäkel weist darauf hin, dass die Vorstellung dem Anliegen des letzten SB-Ausschusses entspricht. Es ist jedoch keine Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Schröder (Projektleiterin des Eigentümers) stellt die wesentlichsten Parameter zur geplanten Bebauung des Grundstücks und Termine vor.

Grundstücksgröße: 3500 m², GFZ: 8200 m², Bebauungshöhe ca. 20m

Planungsstart: 22.02.13, Bauantrag: 15.05.13, Baugrubenplanung: 30.06.13,

Baubeginn Baugrube: 04.09.13, Planungsende Gebäude bis 31.12.13, Beginn

Rohbau: 01.04.14, Fertigstellung Rohbau: 31.10.14, Fertigstellung ges.: 30.07.16,

Übergabe zur Nutzung / Museum: 30.11.16

Besucher werden am Tag ca. 500 erwartet, es dürfen sich max. 350 Personen wg. Klima gleichzeitig aufhalten, Arbeitsplätze werden ca. 20 entstehen.

Herr Albrecht (Architekt) stellt historische Aufnahmen / Zeichnungen der Fassade des Palais Barberini sowie die neue Werkplanung für die Straßenfassade und die Nutzungen der einzelnen Geschosse vor. Das Haupthaus (in den historischen Grundmaßen) und die Seitenflügel werden mit 3 Vollgeschossen und 1 Kellergeschoss errichtet. Im EG entstehen u.a. ein öffentliches Café und es wird die Anlieferungszone für die Kunstgegenstände geplant. Im 1. und 2.OG sind die Museumsräume und ein Vortragsraum geplant. Im KG entstehen Flächen für Lager, WC-Anlagen, Parkplätze für Behinderte, Fahrradraum, Museumsshop, Pädagogikraum, Werkstätten, Personalräume und Garderobe.

zu 3.2 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0602

Fraktion DIE LINKE

auch OBR Eiche

Herr Jäkel spricht namens des Antragstellers und erinnert an den Text des Antrages. Er erklärt, dass der erste Teil des Antrages, den Anliegern der Lindstedter Straße mitzuteilen, dass die Planungen zum Bau einer Straßenbahntrasse durch die Lindstedter Straße nicht weiter verfolgt werden, inhaltlich bereits durch mehrere StVV-Beschlüsse, u. a. zum Nahverkehrsplan, bestätigt ist. Der zweite Teil des Antrages sieht eine erneute Anhörung der Anlieger zum Ausbau der Straße in ortsüblicher Ausführungsform vor. Dieser Punkt ist aktuell zu hinterfragen, weil die Stadtverwaltung gegenwärtig Grabungen vornimmt und Versuche zu einer alternativen Entwässerung durchführt. Es ist eine schrittweise Befestigung der Straße ohne das Erfordernis eines grundhaften Ausbaus in Aussicht gestellt worden. Das Prüfergebnis wird die Verwaltung im September 2013 dem Ortsbeirat Eiche vortragen. Im Ergebnis der Beratung des Ortsbeirates möchte der Antragsteller den vorliegenden Antrag aktualisieren und dann erneut im SB-Ausschuß aufrufen. Darum wird heute um Zurückstellung gebeten.
Zurück gestellt – Antrag von Herrn Jäkel DIE LINKE

zu 3.3 **Weiterführung des Gestaltungsrates**

Vorlage: 13/SVV/0229

Fraktion Die Andere

HA

Herr Dr. Bauer bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann weist darauf hin, dass die Vorlage im Wortlaut geändert werden muss, damit dies ein Prüfauftrag sei. Inhaltlich plädiert er dafür, die Aufgabenstellung entsprechend der bisherigen Ausrichtung bei zu behalten.

Frau Hüneke zitiert aus den Vorbemerkungen zur Geschäftsordnung des Gestaltungsrates. Das Gewicht liegt bei der Aufgabenstellung bei gestalterischen aber auch städtebaulichen Fragen. Die Gefahr bestehe bei einer deutlichen Erweiterung der Aufgaben darin, dass nicht mehr so zielgerichtet gearbeitet werden kann. Die geforderten Aufgaben hinsichtlich Funktionsprüfung sind im Wesentlichen Aufgaben der Verwaltung.

Herr Pfrogner regt im Laufe der Diskussionen an, gemeinsam mit Mitgliedern des SB-Ausschusses und dem Gestaltungsrat und der Verwaltung einen Gesprächstermin zu organisieren und über die bisherige Arbeit des Gestaltungsrates zu diskutieren.

Frau Hüneke und Herr Klipp unterstützen dies.

Herr Klipp betont weiterhin, dass durch zusätzliche politische bzw. öffentliche Aufgaben eine Schwächung des Gestaltungsrates folgen würde.

Dr. Bauer ändert den Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in geänderter Form zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Weiterführung des Gestaltungsrates (**Geschäftsordnung**) und der Neubesetzung der Sitze sicherzustellen zu **prüfen, ob dass**-der Gestaltungsrat

1. neuere Entwicklungen in der Architektur in seiner beratenden Tätigkeit stärker berücksichtigt

2. in seinen Empfehlungen das Ziel der sozialen Durchmischung und Vielfalt der Bevölkerung berücksichtigt (Alter und Lebensphasen der Bewohner/innen, sozio-ökonomischer Status und Lebensformen)

3. in seinen Empfehlungen die folgenden öffentlichen Belange in der Beratung mit berücksichtigt:

- Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen, und kulturellen Infrastruktur (z.B. Ladenflächen, Gaststätten, Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen, Bandproberräume, Atelierflächen, etc.)

- Verträglichkeit mit sich verändernden Anforderungen für Verkehr (insb. mehr Stellplätze für Fahrräder).

Die Aufgabenstellung und Geschäftsordnung des Gestaltungsrates sollen entsprechend überarbeitet werden und sind den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorzulegen.

In Zusammenhang mit den Punkten 2. und 3. ist weiterhin zu prüfen, inwiefern die fachliche Besetzung des Gremiums verändert bzw. erweitert werden muss.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis September 2013 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	0

zu 3.4 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais (Wiedervorlage)

Vorlage: 13/SVV/0281

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zurück gestellt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.5 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild

Vorlage: 13/SVV/0249

Fraktion FDP

HA

Durch den Antragsteller zurück gestellt.

zu 4.1 Kirchsteigfeld - Information zum weiteren Verfahren Bebauungsplan und zur weiteren gewerblichen Entwicklung

Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) informiert zur Gewerbeentwicklung im Kirchsteigfeld und Gesprächen mit Grundstückseigentümern mit dem Fazit:

Die gewerbliche Entwicklung ist auch mit Finanzierung einer zusätzlichen Südanbindung ohne Umwandlung von Wald zur Baufläche wirtschaftlich darstellbar. (Vortrag siehe Protokollanlage).

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert anschließend das laufende B-Planverfahren als Erleichterung für eine breitere gewerbliche Ansiedlung durch die Flexibilität der Nutzung vorhandener Grundstücke. Bis Monatsende wird die frühzeitige Bürgerbeteiligung durchgeführt.

zu 3.6 Änderung B-Plan Nr. 18 Kirchsteigfeld (Süd-Ost) Wiedervorlage
Vorlage: 13/SVV/0102
Fraktion CDU/ANW

Herr Lehmann berichtet, dass er am 11.02.13 und am 05.06.13 Kontakt zu den Eigentümern der Gewerbegrundstücksflächen hatte. Er bekam bei beiden Nachfragen die Information, dass es in den letzten Jahren keine Anfrage zur gewerblichen Nutzung der Flächen gegeben hat.

Er äußert, dass die Flächen nur entwickelt werden können, wenn sie für Wohnungsbau genutzt werden. Die Ansiedlungshemmnisse können mittels des B-Plans mit einer Umwidmung von GE in Wohnen ausgeräumt werden.

Herr Klipp verweist auf die Beschlusslage der STVV zum FNP, B-Plan und STEK Gewerbe. Eine Umwandlung des GE-Gebietes für Wohnungsbau ist nicht erforderlich, da das STEK Wohnen andere und ausreichende Potentiale aufweist. Den Verwertungsinteressen des privaten Eigentümers sollte hier nicht gefolgt werden.

Herr Cornelius bezieht sich auf die vorangegangene Mitteilung der Verwaltung und zitiert „Die gewerbliche Entwicklung mit einer zusätzlichen Südanbindung ist wirtschaftlich darstellbar. Er empfiehlt in diese Richtung weiter zuarbeiten.“

Frau Hüneke äußert, dass das Ziel weiterhin die Ansiedlung von Gewerbe in kleinteiliger Struktur bleiben sollte.

Herr Pfrogner will die städtebauliche Ordnung gesichert haben. Herr Goetzmann erläutert, dass die Baulinie entlang der Ricarda-Huch-Straße unberührt bleibt. Frau Moll berichtet, dass diverse Nachfragen zur gewerblichen Nutzung auch im Kirchsteigfeld aufgrund des B-Planes nicht umsetzbar gewesen sind. Durch die Änderung des B-Planes kann man flexibler und aktiver vermarkten.

Herr Jäkel berichtet, dass im Januar ein Antrag der LINKEN dazu abgelehnt wurde und bringt einen geänderten Antrag ein:

Herr Lehmann möchte Änderungsantrag der LINKEN übernehmen.

Folgender geänderter Antrag wird durch den Antragsteller zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Umständen im Bereich Kirchsteigfeld (Süd-Ost) eine Verlängerung der Ricarda-Huch-Straße zur Trebbiner Straße als Erschließungsstraße möglich ist.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, warum in den letzten

20 Jahren die brachliegende GE-Fläche des B-Plangebietes Nr. 18 nicht für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben genutzt worden ist.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Umständen eine Umwidmung eines Teils der nicht genutzten Gewerbefläche zum Zwecke des Wohnungsbaus von bis zu 500 Wohnungen möglich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2013 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	3

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.7 Bebauungsplan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West/ nördlich Esplanade"

Beschluss zur erneuten Auslegung

Vorlage: 13/SVV/0318

Oberbürgermeister; FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Claussen (Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Am 02. November 2011 fasste die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss, zum Schuljahr 2016/2017 am Standort Rote Kaserne West eine Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II zu errichten. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Schule beschloss die Stadtverordneten im Dezember 2011 einen Teilbereich des ursprünglichen Bebauungsplans Nr. 80 als Bebauungsplan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West/ nördlich Esplanade“ weiterzuführen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit fand auf der Grundlage von zwei Varianten im März 2012 statt. Im Ergebnis wurde eine Variante 3 erarbeitet. Diese wurde auf Grundlage des Ergebnisses des städtebaulichen Ideenwettbewerbs für das Quartier Rote Kaserne West weiterentwickelt. Der so geänderte Bebauungsplanentwurf 80.2 wurde im Dezember 2012 dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorgestellt und im Januar öffentlich ausgelegt. Die aufgrund der abgegebenen Stellungnahmen erforderlichen Planänderungen berühren die Grundzüge der Planung, so dass eine erneute öffentliche Auslegung sowie eine erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erforderlich ist. Es gab den Konflikt zwischen erhaltenswerten Baumbestand und der Errichtung der Außensportfläche der Schule.

Frau Hüneke erinnerte an die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung von der SPSPG abgegebene Stellungnahme vom 15.03.2012. Wegen der Sichtbeziehung vom Belvedere war eine Simulation der geplanten zulässigen Höhe der Bebauung von 15 m gefordert worden.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) bemerkt, dass im März bereits die „belaubte Phase“ der Bäume begonnen hatte und damit eine Simulation nicht mehr möglich gewesen ist. Darüber hinaus gibt es in den umliegenden B-Planbereichen weitere Festsetzungen über 15 m Bebauungshöhe, welche mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt sind. Wenn das B-Planverfahren nicht plangemäß fortgeführt werden kann, ist die Eröffnung der geplanten Schule zum

Schuljahr 2016/2017 nicht mehr realisierbar.

Herr Wollenberg fragt nach den Altlastenverdachtsflächen und deren Nutzung. Herr Claussen berichtet, dass der Schaden saniert werden soll und dass dem KIS ein unbelastetes Grundstück übergeben wird. Die Flächen sollen als Außensportflächen genutzt werden.

Herr Klipp schlägt vor, dass in der nächsten Sitzung die Verwaltung eine Simulation am 3 D Modell bzgl. der geplanten 15m Bebauungshöhe im MI vorstellt.

Frau Hüneke beantragt, die Vorlage in der nächsten SB-Ausschusssitzung in 2. Lesung zu behandeln (noch vor nä.StVV). Sie regt an, das Mischgebiet aus dem Plangebiet herauszunehmen.

Abstimmung zum GO-Antrag von Frau Hüneke: 4/6/0

In nächster Sitzung soll die Verwaltung eine Simulation am 3 D Modell bzgl. der geplanten 15m Bebauungshöhe im MI vorstellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West/ nördlich Esplanade“ Beschluss zur erneuten Auslegung (siehe Anlage 3) entschieden.

Der Bebauungsplanentwurf Nr. 80.2 „Rote Kaserne West – nördlich Esplanade“ wird entsprechend dem Ergebnis der Abwägung geändert.

Der geänderte Entwurf des Bebauungsplans Nr. 80.2 „Rote Kaserne West – nördlich Esplanade“ wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt und die Behörden werden gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.2 STEK Verkehr
Vorstellung des im SBA am 15.11.2012 abgestimmten Kontrollscenario,
Vorschlag Szenario
Nachhaltige Mobilität neu
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Volkmann trägt das Konzept vor (Präsentation sh. Anlage).

Es folgt die Diskussion zum Konzept. Herr Volkmann erläutert, dass die „Havelspange“ in der politischen Diskussion und bei der Abstimmung mit den Umlandgemeinden keine Mehrheit gefunden hat. Herr Goetzmann erläutert die 2-stufigkeit des Bundesverkehrswegeplans. Das Land wird Vorschläge nicht weiterreichen, wenn mit den umliegenden Gemeinden kein Konsens gefunden wird.

Herr Jäkel erinnert an die Beschlussvorlage der StVV zur Havelspange, in der die Bedeutung der Havelquerung am Templiner See für die Verkehrsentslastung der Potsdamer Innenstadt festgestellt und der vordringliche Bedarf bestätigt wurde.

Herr Kahle berichtet weiter zum Bundesverkehrswegeplan. Eine Anmeldung für Maßnahmen muss 2015 mit detaillierten Untersuchungen erfolgen. Das Land hat aber bereits schon signalisiert, dass die Aufgaben zur Verkehrsproblematik durch die Kommune selbst zu erfüllen sind.

Herr Klipp meint zum Thema Havelspange, dass diese nicht das Hauptproblem in Potsdam lösen wird und nicht zum Szenario „nachhaltige Mobilität“ passt. Es können nur gesamtstädtische „Stellschrauben“ greifen (z.B. Erhöhung Parkgebühren).

In einer anschließenden ersten Diskussion ergreifen mehrere Ausschussmitglieder das Wort. Man dankt für die vorgelegten Unterlagen zum Kontrollscenario, die gründlich zu studieren sind. Herr Jäkel äußert sich positiv zur Berücksichtigung der zusätzlichen Regionalbahnhalte an den Potsdamer Bahnhöfen Charlottenhof, Park Sanssouci und zwischen Golm und Berlin-Spandau. Er lobt die Ausnahme der Tramtrasse nach Golm quer durch Eiche entsprechend der Beschlusslage der StVV und des Ortsbeirates. Zweifel hinterlässt die Nichtberücksichtigung einer tangentialen Busverbindung Golm – Eiche – Nedlitz. Keine Einigkeit hinterlässt die Ankündigung der Verwaltung, die Option Havelspange aus dem Konzept herauszunehmen. Mehrere Redner unterstützen den Ansatz eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes. Herr Kirsch, Herr Schütt und Herr Jäkel fordern die Beibehaltung der Havelspange als zusätzlichen dritten Havelübergang für Potsdam. Herr Jäkel unterstreicht die Bedeutung der erheblichen Verkehrsentslastung von ca. 13% für die Breite Straße und den zentrumsnahen Bereich der Zeppelinstraße. Überdies hält er in Spitzenzeiten noch deutlich größere Entlastungen des Zentrums durch eine Havelspange für möglich. Die Lebensbedingungen an den Hauptstraßen könnten sich für Tausende Potsdamer verbessern und Staus vermieden werden. Die Mehrbelastung in der peripheren Zeppelinstraße und der Forststraße erscheint ihm dagegen moderat und zumutbar im Interesse der Gesamtstadt. Herr Klipp verteidigt die Idee eines Szenarios „Nachhaltige Mobilität“. Herr Jäkel bemerkt, dass es nicht auf den Namen ankommt sondern auf ein möglichst realistisches Konzept für die optimale Bewältigung des Verkehrs der Gesamtstadt.

zu 4.3 Bericht - Ergebnisse einer Untersuchung des Büros spreepan zur Optimierung des Busangebots (entspr. Bitte von Herrn Heuer)

Herr Pfefferkorn (Verkehrsentwicklung) erläutert den Bericht (sh. Anlage zum Protokoll).

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans 2012-2018 wurde durch die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit ViP die SPV Spreepan Verkehr GmbH 2012 beauftragt, das Angebot im Busverkehr an die sich neu ausrichtende Fahrgastnachfrage (Verschiebung der Wohnverteilung und die sich

ändernde Altersstruktur) zu untersuchen.

Ziel des Konzeptes war es, mit einer Hierarchisierung des Busnetzes Angebotsstrukturen entsprechend des Nahverkehrsplanes zu definieren (Hauptlinien und Nebenlinien) und gezielt einzelne Korridore im Stadtgebiet zu untersuchen (Golm, Babelsberg, Fahrland/Satzkorn/Kartzow, Groß Glienicke, Bornstedter Feld). Das vorgestellte Konzept enthält Empfehlungen zu Angebotserweiterungen auf nachfragestarken Buslinien und in bisher ungenügend erschlossenen Stadtgebieten sowie zur Kostenneutralisierung und Angebotsanpassungen auf weniger stark frequentierten Linienabschnitten. Der Verkehrsbetrieb hat hierzu Betriebskostenberechnungen (Fahrzeug- und Personalbedarf) durchgeführt, die bis zum Herbst 2013 durch Berechnungen der zu erwartenden Fahrgeldeinnahmen präzisiert werden sollen. Eine schrittweise Umsetzung kann frühestens nach Beendigung der Baumaßnahmen in der Friedrich-Ebert-Straße erfolgen.

zu 4.4 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.05.2013 bis 29.05.2013 sowie Beantwortung von Nachfragen aus vergangenen Sitzungen
Bereich Bauordnung

Herr Kirsch bittet darum, dass die Liste zu Informationen zu den Bauanträgen zukünftig mit PLZ versehen werden.

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.05.2013 bis 29.05.2013 wird um die Vorstellung folgender Vorhaben gebeten:

Lfd. Nr. 3 Potsdam, Schilfhof 23

Lfd. Nr. 8 Potsdam, Otto-Haseloff-Str. 13

Lfd. Nr. 16 Potsdam, Großbeerenstr. 301

Lfd. Nr. 46-48 Potsdam Großbeerenstr. 259, 259A, 295B, 297, 297A

Lfd. Nr. 55 Henning-von-Tresckow-Str. 2-13

Herr Tietjen (Bauordnung) stellt die Vorhaben aus dem letzten SB Ausschuss vor.

zu 4.5 Lokaler Teilhabepplan
Gleichstellungsbeauftragte

Wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf Antrag der Gleichstellungsbeauftragten Frau Trauth-Koschnick vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 4.6 Berichterstattung zur ökologischen Baubegleitung der Friedrich-Ebert-Straße
FB Grün- und Verkehrsanlagen

Frau Woiwode (Verkehrsanlagen) berichtet.

Das Wurzelwerk der Bäume im 1. Bauabschnitt in der Friedrich-Ebert-Straße wurde freigelegt. Um die Baumaßnahme durchführen zu können und gleichzeitig die Bäume zu erhalten (keine Einkürzung der Wurzeln zur Gewährleistung der Standsicherheit) müssten die geplanten Parktaschen entfallen und das Bord weiter in den Straßenbereich versetzt werden (Radfahrspur damit ca. 20 cm schmaler).

In der folgenden Diskussion wurde festgestellt, dass fehlende Park- und Lieferzonen große Probleme für die Gewerbetreibenden bedeuten würden. Herr Fiebelkorn-Drasen plädiert als betroffener Anlieger für die Fällung der Bäume und Ersatzpflanzungen. Mehrere Ausschussmitglieder bedauern den Verlust der Bäume. Herr Jäkel äußert die Erwartung, dass ausreichend große Ersatzbäume zu pflanzen sind, um den Schaden zu begrenzen.

zu 5 Sonstiges

Frau Hüneke fragt nach dem Termin und der Besetzung zum Workshop Langer Stall. Herr Klipp informiert.

Herr Lehmann stellt den Antrag zum Bericht der Verwaltung im nächsten SB Ausschuss zum Thema: Bebauungsplan „Trebbiner Straße / Am Silbergraben“.

Nichtöffentlicher Teil

zu 6 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2013

entfällt